

Evangelische Verantwortung

Wo Werte Zukunft haben – Gemeinsam wollen wir die modernste Gesellschaft Europas schaffen

Dr. Angela Merkel

Das Jahr 2000 rückt mit großen Schritten näher. An der Schwelle zum 21. Jahrhundert befindet sich die Welt im Umbruch. Rasant vollzieht sich die Transformation der Industrie- in eine Informations- und Wissensgesellschaft. Veränderte Verhältnisse rufen nach neuen Antworten.

Die CDU als Volkspartei muß in der Lage sein, solche neuen Antworten zu geben. Mehr denn je wird in dieser bewegten Zeit deutlich, wie wichtig es ist, daß die CDU als politische Kraft der Mitte – sei es aus der Opposition oder der Regierungsverantwortung in den Ländern heraus – Verantwortung für Deutschland übernimmt.

Deshalb hat die CDU sich schon im Zukunftsprogramm das Ziel gesetzt: „Wir wollen gemeinsam die modernste Gesellschaft Europas schaffen“. Mit den „**Erfurter Leitsätzen**“ beginnen Diskussion und Umsetzung. Aus der Sicht eines Christen stellt sich die Frage, was Modernität in dieser Gesellschaft ausmacht?

Ohne Werte kann eine moderne Gesellschaft nicht gestaltet werden. Die Freiheit des einzelnen und seine Verantwortung zu stärken, heißt dem christlichen Verständnis vom Menschen gerecht zu werden. Wir erheben den



Dr. Angela Merkel:
Ohne Werte kann eine Gesellschaft nicht gestaltet werden.

Anspruch an unsere Gesellschaft, Werte durchzusetzen – der Gesellschaft Orientierung zu geben.

Die schöpferische Kraft jedes einzelnen muß zur Entfaltung kommen. Der Bürger steht in der Verantwortung. Die Freiheit des einzelnen, seine Verantwortung für sich und die Gemeinschaft werden zu Motoren des Aufbruchs in eine neue Zeit. Besser kann eine Gesellschaft in Europa die Chancen, die sich im Zeitalter der Globalisierung bieten, nicht aufgreifen.

Zur Modernität der Gesellschaft gehört die Bereitschaft zum Dialog, die Öffnung für neue Themen, der Kontakt zwischen Bürgern, Parteien und gesellschaftlichen Gruppen. Die CDU hat als Bürgerpartei ihren Platz mitten unter ihnen.

Bereitschaft zum Dialog

Wer die modernste Gesellschaft Europas schaffen will, der kommt nicht umhin, dem Wandel von der Industrie- zur Informations- und Wissensgesellschaft Rechnung zu tragen. Bildung ist der Schlüssel für die Teilhabe am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben in einer modernen Gesellschaft. Ein **leistungsfähiges Bildungswesen**, das sich an nationalen und internationalen Spitzenleistungen orientiert und Leistungsvergleiche nicht scheut, ist daher eine Grundvoraussetzung für die Zukunftschancen der jungen Generation im zusammenwachsenden Europa. **Chancengerechtigkeit** beginnt mit einer guten Ausbildung.

Modern ist eine Gesellschaft, wenn sie nicht vor der Arbeitslosigkeit kapituliert. Dazu gehört, daß man die Interes-

Themen:

Soziale Gerechtigkeit	2
Kirchentag	11
Kosovo	12

EINLADUNG
12. PARTEITAG
DER CDU DEUTSCHLANDS

mitten
IM LEBEN.

25.-27. April 1999
Messe Erfurt

sen der Arbeitsplatzinhaber ebenso berücksichtigt wie die der Arbeitssuchenden. „Arbeit für alle“ ist ein Prinzip, das dem gerecht wird. Wer Arbeit nur umverteilen will, kapituliert vor der Arbeitslosigkeit.

Perspektiven für Arbeitssuchende eröffnen

Arbeit für alle ist machbar, wenn die Möglichkeiten für die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze konsequent genutzt und ausgebaut werden. „Gerechtigkeit fordert die Anerkennung der persönlichen Leistung und Anstrengung ebenso wie den sozialen Ausgleich“, heißt es im Grundsatzprogramm der CDU von 1994. Für eine moderne Gesellschaft, die neue Arbeitsplätze schaffen und damit auch neue Perspektiven für Arbeitssuchende eröffnen will, bedeutet das, daß die Barrieren beim Zugang zum Arbeitsmarkt abgebaut werden. Die Übernahme einfacher Tätigkeiten muß wieder selbstverständlich werden. Dabei gilt der Grundsatz: Jemand, der arbeitet und wenig verdient muß mehr haben, als jemand der nicht arbeitet. So wird dem Leistungsgedanken im Gerechtigkeitsbegriff Rechnung getragen.

Eine Gesellschaft, die sich modern nennt, kann für uns nur eine Gesellschaft sein, in der auch die Familie ihren

Platz findet. Kinder sind für eine Gesellschaft eine Bereicherung. **Kinder gehören zum Leben. Sie sind die Zukunft der Gesellschaft.** Auch darauf müssen Christen Wert legen, wenn von der modernsten Gesellschaft Europas die Rede ist.

Hinwendung zu den kleinen Einheiten

Es wäre unredlich zu leugnen, daß Modernität im Zeitalter der Globalisierung auch Ängste und Sorgen, Fragen nach Geborgenheit und Identität aufwirft. Die modernste Gesellschaft Europas erfordert daher die Hinwendung zu den kleinen Einheiten. Die Gemeinde, Vereine, die Familie, nachbarschaftliche Zusammenarbeit, all das kann Identität und Halt geben in einer Welt, die immer unüberschaubarer wird. Ängste werden abgebaut und die Voraussetzung dafür geschaffen, daß gebotene Chancen erkannt und genutzt werden.

Die modernste Gesellschaft Europas muß eine **Bürgergesellschaft** sein. Der einzelne Bürger in seinem sozialen Umfeld ist dabei die gestaltende Kraft. Die Freiheit zur Übernahme von Verantwortung in vertrauter Umgebung ist eine tragende Säule für die Ausgestaltung einer modernen Gesellschaft. Freie verantwortliche Bürger, die sich zur Aufgabe bekennen, die Zukunft unseres Landes zu gestalten, lassen Hoffnungen zu Chancen werden.

Modern heißt nicht, allen Entwicklungen des Zeitgeistes hinterherzulaufen. Der Anspruch, die modernste Gesellschaft Europas zu schaffen, ist verbunden mit einer klaren **Orientierung an Grundsätzen**. Modernsein wird dadurch geprägt, daß wir unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit praktisch mit Leben erfüllen. Die CDU ist eine Partei, in der Werte Zukunft haben. Für einen Sprung nach vorne brauchen wir deshalb das „C“. Die modernste Gesellschaft Europa gibt es nur „wert-voll“ oder gar nicht. ■

Soziale Gerechtigkeit heute

Dr. Hermann Kues

In der aktuellen politischen Diskussion wird der Begriff „soziale Gerechtigkeit“ in geradezu inflationärer Weise verwendet.

Das SPD-Programm zur Bundestagswahl fordert eine Politik, die auf soziale Gerechtigkeit zielt. Im Koalitionsvertrag wird vereinbart, daß die Politik der Bundesregierung in den nächsten vier Jahren für soziale Gerechtigkeit stehen soll, und in der Regierungserklärung weist Bundeskanzler Schröder darauf hin, daß die soziale Gerechtigkeit in Deutschland wieder hergestellt werden muß. Die neue Bundesregierung hat sich nach ihrem Amtsantritt unmittelbar daran gemacht, diese Ankündigungen in die Tat umzusetzen und die aus ihrer Sicht unsozialen Maßnahmen der alten Bundesregierung zurückzunehmen. Damit solle

– so Bundeskanzler Schröder in der Haushaltsdebatte – die soziale Balance wieder zum Ausgleich gebracht werden.

Im Rahmen des Gesetzes zu den Korrekturen in der Sozialversicherung und zur Sicherung der Arbeitnehmerrechte wurde der **demographische Faktor** in der Rentenversicherung **ausgesetzt**, die volle Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wieder gesetzlich festgelegt, der Schwellenwert für betriebsbedingte Kündigungen von zehn auf fünf Arbeitnehmer zurückgeführt sowie die Zuzahlungen zu Medikamenten reduziert. Gleichzeitig wurde mit den Tarifabschlüssen in der Metall- und Elektroindustrie sowie im Öffentlichen Dienst das Ende der Bescheidenheit eingeläutet und ein „kräftiger Schluck“ aus der Pulle genehmigt.

Es muß die Frage erlaubt sein, ob diese „Korrekturen“ und die Ergebnisse der

tarifpolitischen Auseinandersetzungen tatsächlich zu mehr sozialer Gerechtigkeit führen, oder ob sie nicht angesichts der tiefgreifenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen zu finanziellen Problemen und damit sozialen Härten an anderer Stelle führen?

Was ist soziale Gerechtigkeit?

Ist es etwa sozial gerecht, wenn die Arbeitnehmer von heute den Rentnern von heute mit ihren Beiträgen ein sehr ordentliches Auskommen ermöglichen, während bereits abzusehen ist, daß ihre eigenen Renten in dreißig bis vierzig Jahren deutlich niedriger ausfallen werden? Ist es sozial gerecht, die Arbeitsplatzsicherheit für die Beschäftigten zu erhöhen, während gleichzeitig viele Arbeitslose langfristig von regulärer Erwerbsarbeit ausgeschlossen und durch öffentliche Transfers alimentiert werden müssen?

Ist es dagegen sozial ungerecht, die finanziellen Belastungen, die sich aus der Alterung der Bevölkerung ergeben, auf Beitragszahler und Leistungsempfänger gleichmäßig zu verteilen? Ist es sozial ungerecht, die Regelung über die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall in die Verantwortung der Tarifparteien zu übertragen, um individuelle Lösungen zu vereinbaren? Ist es sozial ungerecht, kranke Menschen entsprechend ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit an den Kosten zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit zu beteiligen? Ist es schließlich sozial ungerecht, bei den Tarifverhandlungen die Tarifparteien zu ermahnen, die Interessen der Arbeitslosen angemessen zu berücksichtigen?

Grenzen staatlicher Sozialpolitik

Die Frage nach sozialer Gerechtigkeit stellt sich heute neu, denn die solidarische Versicherung stößt angesichts der wachsenden Verflechtung der nationalen Märkte, der demographischen Entwicklung, einer sich verändernden Beschäftigungsstruktur sowie einer immer noch unerträglich hohen Arbeitslosigkeit an die **Grenzen ihrer Finanzierbarkeit**.

Während in der Vergangenheit soziale Probleme mühelos aus dem gesamtwirtschaftlichen Zuwachs gelöst wer-

den konnten, müssen wir uns heute daran gewöhnen, daß Entlastungen an der einen Stelle automatisch zu Belastungen an anderer Stelle führen. Auf diese Situation sind wir schlecht vorbereitet, und es schmerzt uns um so mehr, als daß wir uns in den vergangenen Jahren zunehmend daran gewöhnt haben, das Erreichte als unveränderlichen Besitzstand zu betrachten.



Dr. Hermann Kues:
Gerechtigkeit zwischen den Generationen fördern

Diesem Aspekt muß eine auf soziale Gerechtigkeit angelegte Politik Rechnung tragen. Sie muß eine Absicherung „großer Risiken“ wie Alter, Invalidität, Krankheit, Pflegebedürftigkeit und Arbeitslosigkeit, auch unter sich ändernden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für alle gewährleisten. Dies entspricht dem **Grundsatz der Solidarität**. Aber nicht jedes Lebensrisiko kann gemeinschaftlich abgesichert werden. Bei den „kleinen Risiken“ des Lebens sollte von den Menschen mehr Eigenverantwortung eingefordert werden, ohne sie in ihrem Engagement für sich und den Nächsten zu überfordern. Dies entspricht dem **Grundsatz der Subsidiarität**.

Die Soziale Marktwirtschaft verpflichtet uns zu einer Politik, die auf beiden Prinzipien beruhen. Dabei muß das sozialpolitisch notwendige mit dem volkswirtschaftlich vertretbaren und für die

Versicherten zumutbaren in Einklang gebracht werden. Nur so können wir auch langfristig soziale Sicherheit gewährleisten, ohne die finanziellen Grundlagen unseres sozialen Sicherungssystems zu ruinieren.

Soziale Probleme mildern

Die staatliche Sozialpolitik wird aber nicht alle sozialen Probleme unserer Gesellschaft lösen können. Sie wird im Zuge der **Individualisierung der Lebensstile** und des wachsenden Trends zur Vereinzelung mehr und mehr auf intakte und handlungsfähige soziale Gemeinschaftsbezüge in Familie, Verwandtenkreis, Nachbarschaft und lokaler Gemeinschaft angewiesen sein. Diese zu entwickeln und zu stärken wird eine zentrale Aufgabe der nächsten Jahrzehnte sein.

In der Vergangenheit wurde die Qualität der sozialen Sicherung oft ausschließlich an der Höhe des Sozialbudgets gemessen: Je mehr Geld für soziale Zwecke ausgegeben wurde, desto sozialer galt die Politik. Zweifellos lassen sich mit finanziellen Mitteln soziale Probleme mildern oder gar beseitigen. Heute wissen wir aber auch, daß mit steigenden Ausgaben für Soziales nicht immer mehr soziale Sicherheit oder gar soziale Gerechtigkeit verbunden sein muß. Manchmal gewinnt man sogar den Eindruck, daß das Gegenteil der Fall ist.

Obwohl jährlich rund 1,3 Billionen DM für soziale Zwecke ausgegeben werden – das entspricht rund einem Drittel des Bruttoinlandsproduktes und gut 15.000 DM pro Einwohner –, ist das Klagen über Armut und soziale Not in Deutschland nie größer gewesen. Dies ist die Kehrseite dieser Entwicklung: Das Streben nach perfekter Absicherung durch den Staat hat den Einzelnen aus seiner persönlichen Sorge um sich selbst und um den Nächsten entlassen. Die Bürger wurden damit in ihrem sozialen Engagement systematisch unterfordert und die vorhandenen Potentiale an solidarischen Kräften zugeschüttet.

Dabei ist die **Bereitschaft zu sozialem Engagement** in der Bevölkerung weit verbreitet. Nahezu jeder fünfte Bundesbürger engagiert sich ehrenamtlich in der Sozial- und Jugendhilfe, in der Hilfe

für Alte und Behinderte oder ist in Elterninitiativen und Nachbarschaftshilfen tätig. Es gibt darüber hinaus noch viel mehr Menschen, die an einer solchen ehrenamtlichen Tätigkeit interessiert sind und die bereit wären, für ältere Menschen Besorgungen zu erledigen, oder im Haushalt zu helfen, bei der Betreuung von Kleinkindern einzuspringen oder ihnen Behördengänge abzunehmen. Diese Bereitschaft zu uneigennütziger sozialer Hilfe muß stärker zur Geltung gebracht werden, damit sie einen wesentlichen Beitrag zur gesellschaftlichen Solidarität leisten kann.

Arbeitslosigkeit als größte soziale Ungerechtigkeit

Die hohe und anhaltende Arbeitslosigkeit ist eines der bedrückendsten sozialen Probleme unserer modernen Gesellschaft. Sie ist die größte soziale Ungerechtigkeit, die sich denken läßt. Soziale Gerechtigkeit ist in einer modernen Gesellschaft nur zu verwirklichen, wenn alle die Chance haben, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen oder alternative Möglichkeiten bestehen, am gesellschaftlichen Leben und Wohlstand zu partizipieren sowie daraus soziale Akzeptanz zu erhalten. Arbeit für alle muß deshalb das Kernstück einer sozial gerechten Politik sein.

Dabei geht es nicht darum, jedem einen Vollzeit Arbeitsplatz durch den Staat zu organisieren oder gar bereitzustellen. Es geht vielmehr darum, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, daß Erwerbsarbeit für alle möglich wird. Dabei müssen gleichzeitig gesellschaftlich wichtige Tätigkeiten wie Familienarbeit, Bürgerarbeit und ehrenamtliche Tätigkeiten als sinnvolle Alternativen in die Überlegungen einbezogen werden.

Dieses Ziel ist nur zu erreichen, wenn alle relevanten Gruppen sich an der Diskussion um Lösungen beteiligen. Dabei muß alles auf den Tisch kommen, was zu mehr Beschäftigung führen kann. Zunächst sind die Tarifpartner und eine Lohnpolitik gefordert, die auch die Interessen der Arbeitslosen angemessen berücksichtigen. Der Staat kann nur für geeignete Rahmenbedingungen sorgen. Dazu zählen vor allem eine umfassende Steuerreform, die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und Struk-

turreformen im sozialen Sicherungssystem. Letztlich müssen alle Aktivitäten sinnvoll ineinandergreifen.

Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen jedoch, daß sich ein wirtschaftlicher **Aufschwung** nur sehr **zögerlich** auf dem Arbeitsmarkt niederschlägt und regelmäßig **an den Problemgruppen des Arbeitsmarktes vorbeigeht**. Gerade schlecht qualifizierte Arbeitslose haben schon unter den gegenwärtigen Bedingungen wenig Chancen, die Anforderungen des Arbeitsmarktes zu erfüllen. Vor diesem Hintergrund kommt der Qualifizierung von Arbeitslosen eine wichtige Bedeutung zu. Trotz intensiven Einsatzes arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen werden viele Arbeitnehmer mit den steigenden Anforderungen der modernen Arbeitswelt nicht Schritt halten können. Für diesen Personenkreis muß mittel- bis langfristig das Potential an einfachen Tätigkeiten erschlossen werden. Gerade der Dienstleistungssektor bietet dazu viele Möglichkeiten. Dies kann nur über eine stärkere Spreizung der Löhne erfolgen, die einfache Tätigkeiten wieder rentabel werden läßt.

Es wird eingewandt, daß wir uns damit unweigerlich das Problem „working poor“ einhandeln würden, daß also Einkommen erzielt werden, die die Existenz einer Familie nicht sichern könnten. Zweifelsohne wird die Spreizung der Löhne zu mehr Ungleichheit bei den

• *Wir brauchen mehr Ehrlichkeit im Umgang miteinander und den Mut, die Realitäten so zu beschreiben, wie sie sind.*

• *Wir brauchen mehr Bereitschaft, Prioritäten zu setzen und daraus Ziele abzuleiten.*

• *Wir brauchen die Einbindung unseres gesamten Potentials, über das wir in Deutschland verfügen.*

• *Wir brauchen mehr Mut, neue Wege zu beschreiten. Wer Neues entdecken will, muß Neuland betreten.*

(Dagmar Schipanski beim 1. Berliner Gespräch)

Einkommen führen, aber wäre die soziale Ungerechtigkeit nicht noch viel größer, wenn wir uns langfristig mit der hohen Arbeitslosigkeit abfinden und damit die Spaltung des Arbeitsmarktes hinnehmen würden?

Für den einzelnen ist es immer noch besser, eine vergleichsweise gering entlohnte Tätigkeit anzunehmen, als langfristig arbeitslos zu bleiben. Dabei muß geprüft werden, ob geringe Einkommen durch öffentliche Transfers (z.B. Kombi-Lohn) aufgestockt werden können. Aber lassen wir die Arbeitsplätze doch erst einmal entstehen, und stocken sie ggf. anschließend mit Transfers auf ein akzeptables Niveau auf.

Die Schaffung von Arbeitsplätzen im Dienstleistungsbereich wird erst mittel- bis langfristig seine volle Wirkung entfalten. Deshalb ist es erforderlich, **Beschäftigungschancen für die Problemgruppen** des Arbeitsmarktes auch kurzfristig zu **erschließen**. Kommunen und gemeinnützige Träger bieten seit Jahren Beschäftigung, Qualifizierung und soziale Betreuung für diesen Personenkreis an. Unsere Bemühungen müssen darauf gerichtet sein, die bestehenden Ansätze dort zu unterstützen, wo sich die Hilfen an den individuellen Bedürfnissen der Betroffenen orientieren, ohne den Blick für die arbeitsmarktpolitischen Erfordernisse zu verlieren. Eine wirksame Ausgestaltung solcher Hilfen ist jedoch nur zu erwarten, wenn die **Kompetenzen in den Regionen** genutzt werden, denn zentralistische Ansätze haben sich in der Vergangenheit als wenig wirksam erwiesen. Die Arbeitsmarktpolitik ist aus diesem Grunde konsequent auf untergeordnete Ebenen zu verlagern.

Gerechtigkeit zwischen den Generationen sicherstellen

Deutschland steht vor tiefgreifenden **demographischen Veränderungen**. Die Menschen leben länger, und das ist natürlich eine sehr erfreuliche Entwicklung. Gleichzeitig geht die Zahl der Geburten zurück. Je nach Zuwanderungssaldo wird die Bevölkerung in Deutschland dadurch ab dem Jahr 2005 zunächst langsam, dann aber immer schneller schrumpfen. Der Anteil älterer Menschen in unserer Gesellschaft nimmt

zu. Das Verhältnis der über 60jährigen zu den 20- bis 60jährigen wird sich voraussichtlich von heute gut 35 Prozent bis zum Jahr 2040 auf etwa 76 Prozent mehr als verdoppeln. Diese Entwicklung ist kein Anlaß zu übertriebener Besorgnis oder gar Panikmache. Sie regt vielmehr an zu der Diskussion um die Frage, wie ein solidarischer Ausgleich zwischen den Generationen unter sich ändernden Rahmenbedingungen langfristig sichergestellt werden kann.

Gerechtigkeit zwischen den Generationen heißt für uns, daß ältere Menschen in unserer Gesellschaft angemessen versorgt sind. Generationengerechtigkeit heißt für uns aber auch, den nachwachsenden Generationen die Chance auf ein auskömmliches Leben zu ermöglichen. Aus diesem Grunde war und ist unsere Rentenreform, im Rahmen derer, die finanziellen Belastungen der steigenden Lebenserwartung solidarisch auf Beitragszahler und Leistungsempfänger verteilt werden sollten, richtig und notwendig. Die Rücknahme der Rentenreform macht die Renten nicht sicherer, sondern sie untergräbt die Solidarität der Generationen zuungunsten der jungen Menschen.

Eine bloße Umverteilung innerhalb der Rentenversicherung in dem Sinne, die Bezieher von überdurchschnittlich hohen Renten zugunsten von geringen Renten zu belasten, würde das Versicherungsprinzip in der Rentenversicherung schwächen. Dies kann keine Lösung sein. Aus diesem Grunde lehnen wir auch eine über Steuern oder Beiträge finanzierte Grundrente ab.

Bei der Hinterbliebenenrente halten wir es für richtig, zukünftig eigene Einkommen oder Erwerbsmöglichkeiten von Hinterbliebenen stärker als bislang zu berücksichtigen bzw. anzurechnen. Es sollte darüber hinaus überlegt werden, ob bei der Weiterentwicklung der Rentenversicherung die Erziehungsleistungen nicht erst bei der Auszahlung der Renten, sondern schon früher, zum Beispiel bei der Belastung durch Beiträge berücksichtigt werden können.

Trotz ständiger Anpassungen wird das System der gesetzlichen Rentenversicherung nicht alle Belastungen auffan-

gen können, die sich aus dem veränderten Altersaufbau der Bevölkerung ergeben. Diese Belastungen werden nur mit **mehr privater Vorsorge** zu schultern sein. Neben dem Umlagesystem der gesetzlichen Rentenversicherung werden deshalb künftig verstärkt kapitalgedeckte Elemente hinzukommen müssen. Wir sollten vor allem junge Menschen dazu ermutigen, neben der gesetzlichen Ren-

tenversicherung auch auf betrieblicher oder privater Basis für das Alter vorzusorgen. ■

Anm.:

Dr. Hermann Kues ist CDU-Bundestagsabgeordneter und zuständig für die Kontakte zur Kirche. Er gehört dem Zentralkomitee der Deutschen Katholiken an.

Weimar: Europäische Kulturstadt 1999 Begegnung mit Goethe zu seinem 250. Geburtstag

Christine Lieberknecht

Der 12. Bundesparteitag der CDU vom 25. bis zum 27. April in Erfurt kommt in ein Land, das in diesem Jahr ganz im Zeichen des Europäischen Kulturstadtjahres 1999 in Weimar und im Zeichen wichtiger kultureller und politischer Jubiläen steht.

In diesem Jahr jährt sich zum 250. Mal der Geburtstag Johann Wolfgang von Goethes, zum 240. Mal der Geburtstag Friedrich von Schillers, zum 80. Mal die Nationalversammlung und Verfassungsgebung von Weimar, ebenfalls zum 80. Mal die Gründung des Bauhauses durch Walter Gropius, zum 50. Mal die Verabschiedung des Grundgesetzes und zum 10. Mal die Öffnung der innerdeutschen Grenze und der Fall der Mauer.

Diese Aufzählung und das Beispiel Weimars machen deutlich, wie eng Kultur und Politik miteinander verknüpft und voneinander abhängig sind. Zugleich vergegenwärtigen sie bei näherer Betrachtung die Gefährdungen, die von einem Mißbrauch der Kultur für politische Zwecke und von einer Überforderung der Politik ausgehen, die sich aus kulturellen Heilserwartungen ergeben.

Daß in diesem Jahr in ganz besonderer Weise Johann Wolfgang von **Goethe** im Blickpunkt des Interesses steht, liegt natürlich nicht zuletzt auch an seinem Geburtstagsjubiläum. Aber nicht nur daran. Denn auch außerhalb solcher Gedenkjah-



Goethe und Schiller vor dem Deutschen Nationaltheater Foto: Lutz Fenske

re denkt ein jeder, wenn von Weimar und deutscher Klassik die Rede ist, als allererstes an ihn und an Friedrich Schiller, den Goethe erst nach Jena und dann nach Weimar geholt hat. Ihre Namen sind es, die als erste genannt werden, wenn heute – zum Glück wieder – über einen für alle Schüler und Schularten verbindlichen Literaturkanon diskutiert wird.

Diese Diskussion vorangebracht und befruchtet zu haben ist ein weiteres herausragendes Verdienst Bundespräsident Roman Herzogs. Es ist sicherlich kein Zufall, daß er als ehemaliger Vorsitzender des EAK dieser Debatte und der

dahinterstehenden bildungspolitischen Fragestellung zu dem Rang verhilft, der ihr zukommt.

Protestantismus und Kultur

Kultur, bildende und darstellende Kunst, Literatur sowie Pflege des historischen Erbes – des bereichernden wie des belastenden: All dies ist prägend für eine Gesellschaft wie für die Entfaltung des Individuums, ist selbstverständliche Grundvoraussetzung für politisches Handeln, in gleicher Weise aber auch für das kirchliche und religiöse Leben in einem Gemeinwesen.

Ich werte es als ein hoffnungsvolles und ausdrucksstarkes Zeichen für die kulturelle Kommunikationsfähigkeit des heutigen Protestantismus, in welcher Form die Evangelische Kirche in Deutschland und die Vereinigung Evangelischer Freikirchen kürzlich ihr gemeinsames **Impulspapier zum Verhältnis von Protestantismus und Kultur** im neuen Jahrhundert vorgestellt haben. Ohne Religion im allgemeinen und ohne die Wirkungen des reformatorischen Christentums im Besonderen wären die kulturellen Leistungen der letzten Jahrhunderte in Deutschland so niemals denkbar geworden. Und umgekehrt ist ebenso richtig, daß erst die kulturelle Bereicherung des kirchlichen Lebens dessen Vielfalt und Lebendigkeit ermöglicht und getragen hat.

Heute gilt es, sich auch als Protestantismus wieder mit einem größeren Selbstbewußtsein und aller notwendigen Sensibilität am kulturellen Diskurs zu beteiligen. Goethe z.B. – auf eine sehr eigene Weise religiös, niemals aber kirchlich im eigentlichen Sinne – hat wohl nie eine Sonntagspredigt genossen, auch nicht von Herder, den er selbst als Superintendenten nach Weimar geholt hat. Ihrem für beide Seiten wertvollen und fruchtbaren geistig-kulturellen Dialog hat das niemals Abbruch getan.

Die Bedeutung Weimars, die Aktualität Goethes und seiner Thüringer Zeitgenossen für die geistige Verfassung der Gegenwart – auch für den heutigen Protestantismus – kann nicht überschätzt werden. Daher ist es gut, wenn wir das Jubiläums- und Kulturstadttjahr sehr bewußt zum Anlaß nehmen, über unser

Gestaltung und Kritik – Zum Verhältnis von Protestantismus und Kultur im neuen Jahrtausend

1. Kirche an der Schwelle des 3. Jahrtausend

Die Bindekraft der Kirchen und die Prägekraft des Christentums sind in Deutschland während der letzten Jahrzehnte zurückgegangen. Zwar wird in ethischen und sozialen Fragen den Kirchen immer noch eine große Erwartungshaltung entgegengebracht. Im Westen Deutschlands haben jedoch die Individualisierungsprozesse eine Mentalität befördert, die das Christentum für kulturell irrelevant hält, während infolge der staatssozialistischen Indoktrination im Osten vielfach Religion überhaupt als kulturell schädlich betrachtet wird.

(1.1.) Die christlichen Kirchen stehen an der Schwelle ihres dritten Jahrtausends – und wie steht es mit ihnen?

Die Kirchengebäude sind zwar für die Gemeinden heute meist zu groß und in Anlage und Ausstattung erläuterungsbedürftig, aber in vielen Fällen gleichwohl die ältesten und wertvollsten Gebäude der Stadt bzw. des Dorfes, sie sind stadtbildprägend und auch für Kirchenferne „unsere Kirche“, die erhalten werden soll. In den letzten Jahren der DDR rückten solche Kirchengebäude plötzlich ins Zentrum der Aufmerksamkeit, weil dort Fürbittegottesdienste für Inhaftierte stattfanden oder Friedensgebete, von denen im Herbst 1989 friedliche Demonstrationen ihren Ausgang nahmen. Viele waren überrascht, daß die totgeglaubte Kirche plötzlich öffentliche Bedeutung bekam, daß Pfarrerinnen und Pfarrer landesweit zur Moderation an die Runden Tische gebeten wurden und Christen, die doch allenfalls ein Drittel der Bevölkerung ausmachen, so überproportional am politischen Wandel aktiv beteiligt waren.

Die Binde- und Prägekraft der Kirchen ist in den letzten Jahrzehnten – auch in den westlichen Bundesländern – stark zurückgegangen. Aber Kirchentage und Katholikentage finden nach

wie vor beachtliches Interesse. Der sonntägliche Gottesdienstbesuch ist schwach, aber die Teilnehmerzahlen von Weihnachts- und Ostergottesdiensten steigen stetig. Und die Matthäuspassion hören viele lieber in einer Kirche als im Konzertsaal. Kirchenmusik ist beliebt. Die Theologie ist längst keine kulturelle Leitwissenschaft mehr. Aber in Ethikkommissionen, die sich mit den Folgeproblemen neuer technischer oder medizinischer Möglichkeiten befassen, werden meist auch Theologen berufen. Nach wie vor wird den Kirchen eine hohe ethische und soziale Kompetenz zugesprochen. Nicht selten wird erwartet, daß gerade sie etwas gegen den Werteverfall tun sollen.

(1.3.) Seit dem Ausgang des Mittelalters ist die institutionelle Dominanz der Kirche zurückgegangen. Die Bildungsinstitute, Philosophie und Wissenschaften, die Künste emanzipieren sich von kirchlichem Einfluß. Aber die Forderung des 17. Jahrhunderts: „Die Theologen sollen schweigen im fremden Geschäft“ war nicht atheistisch begründet, sondern sollte heißen: Neben den Theologen gibt es noch andere Fachleute, die ebenfalls gute Christen sind. Erst seit dem vorigen Jahrhundert ist auch die lebensgestaltende und lebensbegleitende Kraft der Kirche zurückgegangen, zunächst im Bildungsbürgertum, dann in der Arbeiterbewegung. Und erst in diesem Jahrhundert ist es zu Kirchnaustrittsbewegungen gekommen, in der Nazizeit und in der DDR unter staatlichem Druck, aber auch ohne solchen Druck in Westdeutschland. Trotzdem sind die Kirchen nicht zur Bedeutungslosigkeit hinabgesunken, denn es hat sich keine konkurrierende Institution gebildet, die ihre Stelle einnehmen könnte.

(1.5.) Wir leben nicht mehr in einem Zeitalter weltanschaulicher Kämpfe zwischen formierten Lagern, die in die Entscheidung zwingen. Die alten weltanschaulichen Schlachtfelder existieren nicht mehr. Auch in der DDR war das offiziell festgehaltene Schema der großen ideologischen Auseinandersetzung schließlich nur noch leere Hülse. Die „postmoderne“ Entwicklung hat traditionelle Sicherheiten, Bindungen

und Gewohnheiten weltlicher und religiöser Art geschwächt. Verschiedenheits- und Zufälligkeitserfahrungen wurden zur allgegenwärtigen Signatur des postmodernen Alltags. Die „objektiven“ Unterschiede nach Geschlecht, sozialer Stellung, Kultur und Religion bestehen zwar fort. Aber sie sind längst überlagert von den Unterschieden „subjektiver“ Haltungen und persönlicher Präferenzen. Die Menschen müssen ihre Lebensformen selbst wählen, gestalten und verantworten und wissen doch zugleich, daß sie unter anderen Lebensbedingungen womöglich ganz anders gewählt hätten. Die Befreiung zur Wahl wird deshalb oft zugleich als Überforderung erfahren. Dem „Streben nach Glück“, das die Aufklärung jedem Menschen zugesprochen hatte, sind vor lauter Möglichkeiten die konkreten Ziele abhanden gekommen. Der Zielverlust wird als Sinnverlust erlebt. Jetzt erst erreichen die Folgen der Modernisierung im alltäglichen Leben ein solches Ausmaß, daß die traditionellen Sinnstützen der individuellen Existenz aus Familie, Kirche, Beruf und Kultur strukturell gefährdet sind. Sie sind nicht mehr die hingenommenen, insofern auch entlastenden Rahmenbedingungen der Wahl. Auch sie müssen jetzt „gewählt“ werden, verwandeln sich in kontingente, geschaffene und veränderbare, instabile Institutionen. Untersuchungen über die Einstellungen von Jugendlichen bestätigen und unterstreichen die Tendenzen, die soeben beschrieben worden sind, wobei Unterschiede zwischen Ost und West eher graduell sind.

So etwa stellt sich die Situation der Kirchen an der Schwelle zum dritten Jahrtausend dar. Woran kann angeknüpft werden? Welche Aufgaben stellen sich? ...

Anm.: Der vollständige Text dieser gemeinsamen Veröffentlichung von EKD und VEF kann bestellt werden beim: Kirchenamt der EKD, Herrenhäuser Str. 12, 30419 Hannover.

Alle Leserinnen und Leser dieses Impulspapieres sind eingeladen, sich selbst zu beteiligen mit weiterführenden Hinweisen und Ergänzungen.

Verhältnis zur Weimarer Klassik, zu ihren Exponenten und deren Werken nachzudenken, und die Möglichkeiten zur Begegnung mit ihnen nutzen, die Weimar in diesem Jahr in Hülle und Fülle bietet.

Geist von Weimar

Es geht in Weimar 1999 also nicht um nationale Goethe- und Schillerfeiern, wie sie noch vor wenigen Jahrzehnten üblich waren. Die Wertschätzung Goethes als eines für die deutsche und europäische Kultur- und Geistesgeschichte bedeutsamen Genies ist heute nicht mehr mit einer selbstverständlichen Vertrautheit mit seinem Werk verbunden. Gerade deshalb ist es gut, daß der Bundespräsident uns bei der Eröffnung des Kulturstadtjahres in Weimar auf eine scheinbare Banalität gestoßen hat: „Nicht, daß die klassischen Texte geschrieben sind, macht sie bedeutsam, sondern daß sie gelesen und bedacht werden. ... Wir müssen vor allem bedenken und überlegen, welches Erbe, welche Kultur wir in das zusammenwachsende Europa einbringen können und wollen.“

Dabei müssen wir uns allerdings immer wieder den schmalen Grat verdeutlichen, auf dem wir uns bewegen, wenn wir „unsere Klassiker“ unangreifbar und häufig geradezu unnahbar nicht nur auf ein Podest, sondern geradezu zum Olymp erheben. Bei der Eröffnung der Nationalversammlung vor achtzig Jahren im Deutschen Nationaltheater in Weimar drückte Friedrich Ebert die Hoffnungen unzähliger Zeitgenossen aus, als er sagte:

„Hier in Weimar wollen wir die Wandlung vollziehen vom Imperialismus zum Idealismus, von der Weltmacht zur geistigen Größe. Jetzt muß der Geist von Weimar, der großen Philosophen und Dichter, wieder unser Leben erfüllen“.

Dennoch muß die Frage gestellt werden, ob nicht gerade im viel zitierten „Geist von Weimar“ eine mythische Überhöhung mitschwingt, die nicht nur die Verehrung Goethes und Schillers zu einer geradezu kultischen Vergötzung übersteigert, sondern insbesondere die Politik zwangsläufig der Gefahr der Überforderung durch realitätsferne Idealisierung aussetzt. Muß nicht rück-

blickend eingeräumt werden, daß auch der „Geist von Weimar“ nicht ganz unschuldig war an den Geburtsfehlern der ersten deutschen Republik und letzten Endes auch an ihrem Scheitern und tragischen Ende?

Wege nach Weimar

Die „Wege nach Weimar“ sind Thema einer Ausstellung, die die Thüringer Landesregierung derzeit in Weimar durchführt. Ihr beziehungsreicher Untertitel lautet „Auf der Suche nach der Einheit zwischen Kunst und Politik“. Beispielhaft dargestellt am Goethe- und am Nietzschekult beleuchtet sie den Themenkreis häufig falsch verstandener, idealistisch überhöhter und politisch mißbrauchter bürgerlicher Bildungsideale auf der einen und der für die erste deutsche Republik so schicksalhaften politischen Verweigerung des Bürgertums auf der anderen Seite.

Weimar ist die 15. Kulturstadt Europas. Sie ist damit die erste aus dem ehemaligen Ostblock, die bisher kleinste dieser Reihe und die letzte in diesem Jahrtausend.

Selbstverständlich darf niemand weder diese Vergötzung noch den Mißbrauch der Idole und Ideale der Klassik durch die Machthaber zweier Diktaturen in Deutschland den Klassikern selbst anlasten. Mitunter haben sich auch die Falschen mit Goethe und Schiller geschmückt und sie zugleich zu ihrer Legitimierung vereinnahmt. Das hat die Nationalsozialisten nicht gehindert, in unmittelbarer Nachbarschaft zum Schloß Ettersberg das Konzentrationslager Buchenwald zu errichten. Und die Tatsache, daß die SED-Machthaber das Erbe des humanistischen „Geistes von Weimar“ exklusiv für die DDR reklamierten, führte auch nicht gerade zum Lebensgefühl eines freiheitlichen Gemeinwesens.

Goethe in Europa

Goethe und sein Werk in einer ihm gemäßen Art zu würdigen oder seinen Geist im zusammenwachsenden Europa zu pflügen, bedeutet für mich heute in

„Es gibt keine glorreiche Vergangenheit, auf der wir uns ausruhen dürften oder auf die wir nur stolz zu sein bräuchten. Kulturelle Leistungen der Vergangenheit sind nur durch eigene Arbeit, eigenes Verstehen, eigene Produktivität lebendig zu halten.“

Ich wünsche mir deshalb besonders, daß in diesem Jahr, in dem Weimar im Zentrum der allgemeinen Aufmerksamkeit steht, eine lebendige Auseinandersetzung mit dem Erbe der deutschen Klassik neu beginnt, und zwar nicht nur mit dem, was in Weimar hervorgebracht wurde.

Denn nicht, daß die klassischen Texte geschrieben sind, macht sie bedeutsam, sondern daß sie gelesen und bedacht werden. Wenn Weimar Kulturstadt Europas ist, dann ist das für uns alle nicht nur eine Ehre, sondern es muß eine Herausforderung sein. Wir müssen vor allem bedenken und überlegen, welches Erbe, welche Kultur wir in das zusammenwachsende Europa einbringen können und wollen.“

Bundespräsident **Roman Herzog** auf der Eröffnungsveranstaltung am 19. 2. 99 in Weimar

besonderer Weise, an die grenz- und epocheüberschreitende Qualität seines Denkens zu erinnern. Sein Kulturbegriff – in jeder Hinsicht umfassend, ja universell im wahrsten Sinne des Wortes – bedeutete schon früh vor dem unseligen Zeitalter eines fehlgeleiteten Nationalismus eine Vorwegnahme wahrhaft europäischen Geistes. Goethe wußte im sicheren Bewußtsein des Wertes der eigenen Kultur, die Größe und die Würde anderer Kulturen zu erkennen. Goethe zu feiern heißt, an einen Höhepunkt deutscher Kulturgeschichte zu erinnern. Goethe zu feiern heißt aber ebenso, **Humanität und Toleranz zu fördern** – in Deutschland, in Europa und weltweit.

Insofern erhoffe ich mir von der Union und vom Evangelischen Arbeitskreis, daß sie die kulturellen und historischen Rahmendaten dieses Jahres und die räumliche Nähe zwischen dem Bundesparteitag in Erfurt und der europäischen Kulturstadt Weimar als Signal und Aufforderung verstehen. Der Vergleich zwischen den Bundesländern und die Bilanz der sechzehn Bonner Regierungsjahre zeigen: Kultur gedeiht am besten dort, wo Offenheit im Umgang mit unserer Geschichte geübt, wo unser kulturelles Erbe gepflegt und wo Freiheit von Kunst und Kultur aus wirklichem Respekt heraus geachtet werden. Gerade die Geschichte Weimars macht deutlich, daß alle Versuche, Kultur vor den Karren der Politik zu spannen, letztlich weder der Kultur noch der Politik dienlich sind.

Hierüber müssen wir wieder verstärkt mit den Menschen, insbesondere mit Künstlern, Wissenschaftlern und Publizisten ins Gespräch kommen. Wenn das Jahr 1999 in diesem Sinne dazu beitragen kann, daß wir Kulturpolitik mehr als bisher wahrnehmbar in allen Politikbereichen als Herausforderung verstehen, dann wird dies auch ein entscheidender Beitrag zu einem schärferen politischen Profil der Union. Die Spuren dieses Profils werden von entscheidender Bedeutung sein für die Gestaltung des individuellen und gemeinschaftlichen Lebens zukünftiger Generationen. ■

Anm.:

Christine Lieberknecht ist Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten in Thüringen und stellvertretende EAK-Bundesvorsitzende.

Selbstorganisiertes Lernen – Plädoyer für ein bewährtes Bildungskonzept

Ulrike Krause

An der Schwelle zum nächsten Jahrhundert und zum nächsten Jahrtausend feiert der Deutsche Evangelische Frauenbund e. V. (DEF) 1999 sein 100-jähriges Bestehen. Höhepunkt des Jubiläums wird am 24. bis 26. September 1999 die Konferenz „Als Christinnen die Zukunft denken“ sein. Eines der insgesamt neun vorgesehenen Foren wird das Thema „Bildung“ behandeln, gehört doch die Bildungsarbeit seit Bestehen zu den satzungsmäßigen Aufgaben des DEF.

Zentrales Anliegen dabei ist es, „das Verantwortungsbewußtsein evangelischer Frauen für die gesellschaftlichen Ordnungen und die sozialen Aufgaben zu stärken, ihnen Hilfe zu eigener Urteilsbildung und zu notwendiger Befähigung für eine Mitarbeit in Kirche, Staat und Gesellschaft zu vermitteln und die entsprechende Betätigung seiner Mitglieder zu fördern“.

Stellenwert evangelischer Bildungsarbeit

Als Tagungsort für die Jubiläums-Konferenz wurde ganz bewußt Berlin gewählt, u. a. auch deshalb, weil dies Sitz der Bundesregierung ist. Die Politik(er/innen) sind aufgefordert, sich zu beteiligen an dem notwendig in Gang zu setzenden Meinungsbildungsprozeß über die brennende (kirchen-)politische (An-)Frage, welchen Stellenwert evangelische Bildungsarbeit, die überwiegend ehrenamtlich von Frauen für Frauen selbstorganisiert stattfindet, zukünftig haben wird, die angesichts knapper werdender finanzieller Ressourcen einem wachsenden Legitimationsdruck ausgesetzt ist. Die Verteilung von Mitteln könnte in Zukunft möglicherweise von einer Begutachtung der „Konkurrenzfähigkeit auf dem Markt“ abhängen – doch in Wirklichkeit ist sie eine Frage der Prioritäten.

Sowohl die zuständigen Bundesministerien in den Ressorts für Bildung und für

Frauen, als auch die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) werden dazu Position beziehen müssen. Es geht – auch hier – schlicht um Geld! Mit dieser Feststellung soll nicht einer Entlohnung im Ehrenamt das Wort geredet werden, denn sie verträgt sich nicht mit dem Prinzip der Unabhängigkeit, es geht vielmehr darum, daß Eigenleistungen von Frauen an Zeit und an Sachmitteln in den Haushalten von Zuschußgebern nicht ausreichend berücksichtigt sind. Und jetzt rächt sich eben leider auch in der Bildungsarbeit, daß – vor allem ehrenamtlich tätige – Frauen ihre Arbeitskraft „unter Wert verkauft“ haben.

Auf dem ersten deutschen Frauenkongreß im Oktober 1865 wurde angesichts der Rechtlosigkeit der Fabrik- und Heimarbeiterinnen u. a. die Gründung von Bildungseinrichtungen für Frauen und Mädchen empfohlen. Ziel war es, „im gewaltlosen Kampf Unterdrückung und Unfreiheit in der Gesellschaft zu mindern und soziale Gerechtigkeit zu vermehren“. In sofern war dieser Frauenkongreß ein (bildungs-)politisches Ereignis ersten Ranges. Groß war die freiwillige Bereitschaft der beteiligten Frauen dieser Generation, Initiativen zu ergreifen und Risiken einzugehen, wo durch die politischen und sozialen Verhältnisse Mißstände vorhanden oder neue entstanden waren.

Im Zusammenhang mit den tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen durch die Industrialisierung galt als unentbehrlich das bis dahin nur kirchliche Aktivitäten auszeichnende Element der Freiwilligkeit. Das überrascht nicht, denn auch die Repräsentantinnen der sog. bürgerlichen Frauenbewegung waren überwiegend christlich motiviert. Die notwendige Unabhängigkeit von der herrschenden Mentalität und die Dienstbereitschaft gegenüber den Nächsten, vor allem aber auch die Legitimation zu diesem **Handeln** wird abgeleitet aus der „**Freiheit in Christus**“ (vergl. die Doppelthese Luthers in seiner Schrift „Von der Freiheit eines Christenmenschen“) Darin begründet sich evangelische Erwachsenenbildung in reformatorischer Tradition, deren wechselvolle Geschichte hier nachzuzeichnen den Rahmen sprengen würde.

Nur so viel: Entwickelt hat sich die Evangelische Erwachsenenbildung (EEB) immer mehr zur **Bildungsarbeit von Frauen für Frauen**. 3,1 Millionen Menschen haben im letzten Jahr die Veranstaltungen besucht, davon 83 % Frauen. Sie bietet ihnen Orte der Vergewisserung weiblicher Identität und Individualität, der Analyse des weiblichen Lebenszusammenhangs, der Wertschätzung des eigenen Geschlechts und – in immer stärkerem Maße – auch der beruflichen Orientierung und Bildung. Die Angebotspalette der unterschiedlichen Träger ist bunt – und das sollte auch so bleiben, denn: „keine Frau jede Frau!“ Jede Beschneidung der Erwachsenenbildung betrifft in erster Linie Frauen, die Teilnehmerinnen ebenso, wie diejenigen Frauen, die haupt- oder nebenberuflich in der EEB arbeiten, aber auch diejenigen, die freiwillig und ehrenamtlich Bildungsangebote für Frauen organisieren.

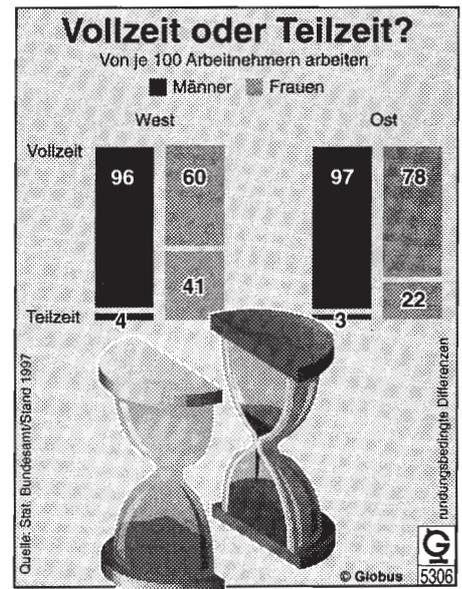
Das Konzept der „selbstorganisierten politischen Bildung“ des DEF geht davon aus, daß Christinnen als Staatsbürgerinnen benennen können müssen, was sie unter „freiheitlich-demokratischer Grundordnung“ verstanden wissen wollen. Dazu bietet er – **parteilich unabhängig** – ein Forum zum Austausch unterschiedlicher politischer Standpunkte und gibt Raum zur Meinungsbildung.

Meinungsbildung fördern

Die Angebote beziehen sich auf alle Fragen, die persönliches und gesellschaftliches Zusammenleben betreffen. Informationen über Zusammenhänge zwischen politischen Entscheidungen und deren sozialen und wirtschaftlichen Ursachen und Folgen sollen die Meinungsbildung fördern und **zu verantwortlichem Handeln anregen**. Die sogenannte allgemeine Bildung ist dabei von der politischen Bildung nicht zu trennen. Merkmal dieses Bildungskonzeptes ist es, daß es rein ehrenamtlich getragen und von nur ganz wenigen hauptamtlichen Mitarbeiterinnen (2000 : 1) begleitet wird.

Parallel zur EEB hat sich mit der sog. „neuen Frauenbewegung“ in den 70er Jahren dieses Jahrhunderts auch eine „neue Frauenbildungsarbeit“ etabliert, die sich mit einem speziellen Angebot

gezielt an Frauen richtet und der ein Emanzipationsbegriff zu Grunde liegt, der seither einen mehrfachen Perspektivenwechsel erfahren hat. Die anfangs als notwendig erachtete „Betroffenheit und Parteilichkeit für Frauen“ ist spätestens seit den 90er Jahren überholt durch den feministischen Diskurs über den „Mythos“ der prinzipiellen Gleichheit von Frauen“.



Inzwischen liegen auch theoretische Aufarbeitungen vor über die Entwicklung der „neuen Frauenbildungsarbeit“, die sowohl die berufliche Bildung für Frauen beschreibt, als auch die politische Bildungsarbeit für und mit Frauen und verschiedene Träger wie Volkshochschulen, Gewerkschaften und kirchliche Institutionen berücksichtigt. Die Vielfalt der tatsächlichen Praxis von Frauenbildungsarbeit ist in den Veröffentlichungen aber keineswegs repräsentiert. Vielfach wird das Augenmerk auch nur auf Modellprojekte gerichtet, die wissenschaftlich begleitet werden können.

Förderung des Ehrenamtes durch die Politik?

Auf diesem Feld muß sich die selbstorganisierte Bildungsarbeit von ehrenamtlich engagierten Frauen für Frauen behaupten. Was haben nun diese Ehrenamtlichen und die Träger der ehrenamtlichen und selbstorganisierten Bildungsarbeit von Frauen für Frauen zu erwarten von einer Politik, die einseitig auf die berufliche Bildung ausgerichtet ist?

Nach der Bundestagswahl am 27. September 1998 hat die Koalition von SPD und Bündnis 90/Die Grünen nach dem Regierungswechsel auch einen Politikwechsel angekündigt, der ökologische Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit als gleichrangige Ziele verfolgt. Als ein Zentrum der zukunftsfähigen Politik sieht die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Edelgard Bulmahn, die Bereiche Wissenschaft, Forschung und Bildung. Sie seien Schlüsselemente für

„Schnelligkeit, aber auch mehr Wettbewerb“, so Schröder. Und weiter: „Wir brauchen eine bessere Bildungsplanung, ... denn wir können es uns nicht länger leisten, daß ein bedenklich großer Teil unseres wissenschaftlichen Nachwuchses völlig vorbei an den Erfordernissen des Arbeitsmarktes qualifiziert wird.“

Bildung heißt auch hier Qualifikation, und zwar Qualifikation für die Erwerbsarbeit. **Bildung aber ist mehr als Qualifikation!** Lebenslanges Lernen darf heu-

Festzustellen ist, daß nicht in allen Programmen differenziert wird zwischen Lernen im (Erwerbs-) Arbeitsprozeß und einem selbstorganisierten Lernen auch außerhalb des Arbeitslebens und, daß ständige Weiterbildung einseitig bezogen wird auf Wissensvermehrung für berufliche (Höher-)Qualifizierung. Frauen werden in diesen Programmen übrigens an den Stellen ausdrücklich benannt, wo es um den Einsatz staatlicher Mittel für Personengruppen (wie Arbeitslose, Ungelernte, Benachteiligte und Behinderte) geht, die sie dringend benötigen, und zwar zum Zwecke der (Re-) Integration in den Arbeitsprozeß.

EKD-Ratsmitglied Robert Leicht wird Präsident der Ev. Akademie zu Berlin

Der Journalist Robert Leicht (Hamburg), Mitglied im Rat der EKD, wird von der EKD als vorsitzendes Mitglied in die Gesellschafterversammlung der Evangelischen Akademie zu Berlin entsandt. Damit übernimmt der 54jährige die – ehrenamtlich ausgeübte – Funktion eines „Präsidenten der Ev. Akademie zu Berlin“ und damit die Vertretung der Akademie gegenüber der Öffentlichkeit. Die neue Akademie hat ihre Tätigkeit zu Beginn dieses Jahres aufgenommen. Insbesondere soll die neue Einrichtung das deutsch-deutsche Zusammenwachsen sowie den Brückenschlag zu den Ländern Ostmitteleuropas fördern und damit der Völkerverständigung und der Ökumene dienen.

Frauenbildungsarbeit aber ist **mehr als** die Herstellung von **Chancengleichheit**. Frauen wollen nicht Objekt eines kompensatorischen Bildungskonzeptes sein! Und: So, wie es Aufgabe der bürgerlichen Frauenbewegung in ihren Anfängen war, angesichts tiefgreifender Veränderungen durch die Industrialisierung das Humanum zu verwirklichen, muß evangelische Frauenbildungsarbeit im Zeitalter des Umbruchs vom Industrie- zum Informationszeitalter verstärkt auf die Chancen und Risiken der neuen Informationstechnologien aufmerksam machen.

den Erhalt von bestehenden Arbeitsplätzen und für die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen, so Bulmahn. Sie plädiert für die Einrichtung eines zeitlich befristeten „Forums Bildung“ von Bund und Ländern.

Wichtig sind ihr Basisqualifikationen und neue Methoden zu ihrer Vermittlung und der verantwortliche Einsatz von Medien in allen Bildungsbereichen. Die **Bildungsreform** müsse Leistung und Kreativität fördern, Chancengleichheit sichern und von der Leitidee des lebenslangen Lernens geprägt sein.

Und in seiner Regierungserklärung vom 10. November 1998 hat Bundeskanzler Gerhard Schröder im Zusammenhang mit der Bildungspolitik den Begriff „Wissengesellschaft als Qualifikationsgesellschaft“ geprägt. Er verspricht, daß die Bundesregierung rasch die Aufgabe einer „Bildungs- und Qualifizierungsoffensive“ anpacken wird. „Wir wollen bestmögliche Bildung für alle, mehr Chancengleichheit, die Förderung unterschiedlicher Begabungen, mehr Effi-

te nicht mehr nur auf die Zeit des Erwerbslebens ausgerichtet sein. Darum ist bei der Definition von Basisqualifikationen darauf zu achten, daß auch Nichterwerbstätige einbezogen werden. Wir müssen außerdem berücksichtigen, daß nach den Prognosen des Statistischen Bundesamtes der Anteil der über 60-jährigen an der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2000 23,0%, im Jahr 2020 30,1% und im Jahr 2040 sogar 39,3% betragen wird.

Bei keiner der politischen Parteien (CDU, SPD, F.D.P., Bündnis 90/Die Grünen) wird dies berücksichtigt. Die programmatischen Aussagen zum Thema Bildung unterscheiden zwar zwischen Bildung allgemein, beruflicher Bildung, Schule, Hochschule/Forschung und Weiterbildung. Auch heben die Parteien im Zusammenhang mit Weiterbildung die Notwendigkeit des Lernens als lebenslangen Prozeß hervor und halten eine Vielfalt der Bildungsangebote, z. T. auch die Vielfalt der Bildungsträger für unverzichtbar.

Dabei geht es darum, Frauen zu befähigen, sich kompetent in den Entwicklungsprozeß einzubringen und auf ihre Weise zu einer notwendigen Entschleunigung beizutragen. In einer Dienstleistungsgesellschaft muß aber auch eine **Höherbewertung von Basisqualifikationen** stattfinden. So verstanden ist in jedem Falle Bildung eben mehr als nur Wissensvermittlung und Information.

Es ist dringend geboten, die angekündigte Bildungsoffensive um die Option der Schaffung, vor allem aber auch der nachhaltigen Sicherung von Möglichkeiten des selbstorganisierten Lernens zu erweitern und verstärkt Frauen in den Prozeß der Definition von Basisqualifikationen einzubeziehen. ■

Anm.:

Ulrike Krause, Jg. 1951,
ist seit 1985 Bundesgeschäftsführerin
des Deutschen Evangelischen
Frauenbundes e.V. (DEF).

Mitwirken bei der Zeitansage

Dieter Hackler

Vom 16. bis zum 20. Juni 1999 findet in Stuttgart der 28. Deutsche Evangelische Kirchentag unter der Losung „Ihr seid das Salz der Erde“ statt. Nach 30 Jahren ist der Kirchentag wieder einmal nach 1952 und 1969 Gast der württembergischen Landeskirche. Gleichzeitig wird der Kirchentag selbst – wie die Bundesrepublik Deutschland – 50 Jahre alt. 10 Jahre liegt inzwischen der Fall der Mauer zurück. Zugleich stehen wir wenige Monate vor Anbruch des 3. Jahrtausends christlicher Zeitrechnung.

Was liegt da näher, als – ermutigt und gefordert durch die Losung des Kirchentages – nach vorne zu schauen. Daher steht im Zentrum dieses Kirchentages die Beschäftigung mit der Zukunft. In drei Themenbereichen wird das Thema „Zukunft“ entfaltet.

Der Themenbereich 1 befaßt sich mit der „Zukunft des Glaubens“. Er bietet neben einem spannenden Vortrag von Prof. Dr. Jürgen Moltmann zum Thema „Wo sind die Toten? Zukunftsvorstellungen des Glaubens“ u.a. ein Forum „Beten“, einen liturgischen Tag, eine Werkstatt des württembergischen Pietismus, ein Forum „Evangelisch-Katholisch“.

Der Themenbereich 2 „Zukunft des Menschen“ wird von zwei Foren besonders geprägt werden: Das Forum „Medien“ und das Forum „Medizin und Ethik“. Daneben werden eine Jugendwerkstatt, eine Frauenwerkstatt und ein Männerforum Anziehungspunkte sein. Selbstverständlich werden Familientage veranstaltet.

Der Themenbereich 3 „Zukunft der Gesellschaft“ wird durch einen gemeinsamen Vortrag der Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts, Frau Prof. Dr. Jutta Limbach, und Herrn Staatsminister Prof. Dr. Hans Joachim Meyer zum Thema

„Wächst zusammen, was zusammen gehört? Zehn Jahre nach 1989“ eröffnet.

Forum für Dialog und Gespräch

Für alle Themenbereiche gilt wie für den ganzen Kirchentag: Der Kirchentag versteht sich als Forum. Jede und jeder ist willkommen, sich zu beteiligen und einzubringen, Fragen aufzuwerfen und Antworten zu versuchen. Nicht die großen Namen, sondern der Dialog und das Gespräch zwischen den Teilnehmern werden diesen Kirchentag in Stuttgart prägen.

Daß es gelungen ist, auch den Pietismus wieder in den Kirchentag einzubinden, ist besonders erfreulich. Damit wird beim Kirchentag in Stuttgart der gesamte Reichtum und die ganze Bandbreite evangelischer Kirche sichtbar werden. Die Zahl der angebotenen Veranstaltungen ist wiederum gewaltig. Wer alle Veranstaltungen beim Kirchentag besuchen wollte, brauchte 39 Tage Zeit. Jeder kann sich also in vier Tagen seinen eigenen Kirchentag in Stuttgart zusammenstellen. Daher ist es wichtig, sich schon vor Beginn des Kirchentages das Programmheft genau anzuschauen und

sich seinen eigenen Verlaufsplan für den Kirchentag aufzustellen.

Unter den „Bibelarbeitern“ befinden sich u.a. die Namen von Dr. Wolfgang Schäuble, Dr. Angela Merkel, Dr. Christoph Palmer, Dr. Annette Schavan, Dr. Bernhard Vogel. Die Texte für die Bibelarbeiten sind am Donnerstag: Jesaja 65, 17-25: Ein neuer Himmel und eine neue Erde; am Freitag: 1. Korinther 11, 17-34: Vom Abendmahl; und am Samstag: 2. Mose 1, 1-2, 10: Denn sie sind kräftige Frauen.

Selbstverständlich ist der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU auf dem „Markt der Möglichkeiten“ mit einem Stand vertreten. Ich hoffe sehr, daß möglichst viele Mitglieder des EAK am Kirchentag teilnehmen und unseren Stand in Halle 7 (Standnummer: 7 C 05) besuchen. Der Kirchentag wird lebendig und lebt durch die aktive Mitwirkung und Mitverantwortung von uns allen. Er bietet die Chance, Zeitansage zu hören und zu geben, die Chance zur Besinnung auf Zuspruch und Anspruch des Evangeliums, die Chance zur Zuversicht und zum Handeln aus christlicher Verantwortung

Der **Anmeldeprospekt** kann beim Deutschen Evangelischen Kirchentag in 36004 Fulda, Postfach 480, Tel.: 06 61/9695 00, angefordert werden. ■

Anm.:

Dieter Hackler ist Bundesbeauftragter für den Zivildienst und Mitglied im Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentages.

 Die Losung Ihr seid das Salz der Erde!				
Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag
Eröffnungsgottesdienste: Ihr seid das Salz der Erde (Mt 5,13)		Feierabendmahl Schwerter zu Pflugscharen! „Ein jeder unter seinem Weinstock und Feigenbaum“ (Micha 4,1-7)		Schlußgottesdienst „Dein Reich komme, dein Wille geschehe wie im Himmel, so auf Erden!“ (Vaterunser, Mt 6,9-13)
	Bibelarbeit 1 Ich will einen neuen Himmel und eine neue Erde schaffen! (Jes 65,17-25)	Bibelarbeit 2 Sooft ihr von diesem Brot eßt und aus diesem Kelch trinkt, verkündet ihr den Tod des Herrn, bis er kommt (Abendmahl, 1. Korinther 11,17-34)	Bibelarbeit 3 Fünf Frauen am Anfang der Befreiungsgeschichte des Exodus (2. Mose 1,1-2,10)	

Die EKD und der Kosovo-Konflikt

Gerhard Arnold

Seit Jahren beobachtet das Kirchliche Außenamt der EKD die Entwicklung im Kosovo mit Aufmerksamkeit, aber auch mit Sorge. Das Außenamt ist für die ökumenischen Beziehungen der EKD auch zu den christlichen Kirchen im früheren Jugoslawien zuständig.

Dessen Leiter, Bischof Rolf Koppe, und sein kleiner Stab, bemühen sich seit Jahren mit großem persönlichen Einsatz, auf der kirchlichen Schiene zu einer Befriedung der jugoslawischen Kriegsregion beizutragen. Sie wollten auf Besuchsreisen durch Bosnien und nach Serbien, durch Briefe an den serbischen Patriarchen Pavle, und auf Gesprächsforen erreichen, daß die starken nationalistischen Kräfte in der Serbischen Orthodoxen Kirche bei Bischöfen, Priestern und Mönchen in die Schranken gewiesen werden und die Kirche als Friedenskraft tätig wird.

In diesem Sinne unterstützte die EKD auch die Arbeit der „Konferenz Europäischer Kirchen“ (KEK), die von Genf aus versuchte und immer noch versucht, das **Gespräch zwischen allen christlichen Kirchen in der Region** aufrecht zu erhalten. Die KEK organisiert auch einen erheblichen Teil der humanitären Hilfe der Kirchen für die notleidenden Menschen in der Krisenregion auf dem Balkan, woran sich das Diakonische Werk der EKD von Anfang an mit Millionensummen beteiligt hat.

Ende Februar 1998 steigerten sich im Kosovo bislang kleine Auseinandersetzungen zwischen serbischer Polizei und örtlichen albanischen Freischärlern zum offenen Bürgerkrieg, in dem die serbischen Machthaber bald mit brutalster Gewalt gegen die albanische Zivilbevölkerung vorgehen. Die KEK beschloß in dieser Lage, eine Delegation nach Serbien und in das Kosovo zu entsenden, die mit

hochrangigen Vertretern der Serbischen-Orthodoxen Kirchen sprechen und ein Bild von der kirchlichen, aber auch von der humanitären Lage gewinnen sollte.

Auf Drängen der EKD wurden auch politische Vertreter der albanischen Bevölkerungsmehrheit und Mitarbeiter von Nichtregierungsorganisationen auf die Gesprächsliste gesetzt. Der Dreierdelegation der KEK gehörte auch Klaus Wilkens an, früher Oberkirchenrat und Abteilungsleiter im Kirchlichen Außenamt der EKD; ein im politischen Krisenmanagement erfahrener Theologe. Auf der einwöchigen Reise Ende Juli 1998 konnte er bei den beiden einflußreichen Bischöfen Amfilohije und Irenej eine moderate Haltung in der Kosovo-Frage feststellen. Sie kritisierten die **Gewaltpolitik von Milosevic**.

Seine kirchlichen Gesprächspartner im Kosovo, dort Angehörige der Minderheit, traten für eine **Demokratisierung der politischen Verhältnisse** nicht nur in ihrer Region, sondern in ganz Jugoslawien ein. Anders als die immer noch vorhandenen nationalistischen bischöflichen Hardliner in Bosnien wissen sie nämlich, daß das Kosovo nur dann bei Jugoslawien gehalten werden kann, wenn Albaner und Serben im Frieden miteinander leben. Besonders beeindruckten Wilkens die orthodoxen Mönche des Klosters Decani im Kosovo, die wegen ihrer

Versöhnungsarbeit zwischen den verfeindeten Volksgruppen, auch per Internet, weithin bekannt geworden sind.

In seinem Bericht an die KEK und an den Rat der EKD stellte Klaus Wilkens heraus, daß sich nach seiner Auffassung Teile der Serbischen-Orthodoxen Kirche unter den Herausforderungen des Kosovo-Konflikts zu einer friedensfördernden Kraft entwickelten. Er empfahl der KEK, eine Arbeitsgruppe einzuberufen, der Vertreter der verschiedenen christlichen Mitgliedskirchen in Serbien, also auch der evangelischen Kirche, sowie Fachkräfte für zivile Konfliktbearbeitung angehören. Diese Arbeitsgruppe sollte Vertreter der Konfliktparteien im Kosovo an einen „Runden Tisch“ zu inoffiziellen Gesprächen mit dem Ziel **vertrauensbildender Maßnahmen** versammeln und so einer politischen Lösung den Weg bahnen.

Der Rat der EKD nahm Anfang **Oktober 1998** den Bericht und die Empfehlung von Klaus Wilkens auf und faßte einen zunächst unveröffentlicht gebliebenen Beschluß. Darin wird die „Konferenz Europäischer Kirchen“ gebeten, „ein Treffen der führenden Vertreter und Vertreterinnen im Kosovo einzuberufen“. Die Teilnehmer sollten sich für eine „sofortige Beendigung der Kampfhandlungen“ aussprechen. Weiter sollten sie die Rückführung der Flüchtlinge nachdrücklich unterstützen und diese mit den ökumenischen Hilfswerken durch ihre kirchliche Arbeit begleiten.

Mit öffentlichen Äußerungen zum Kosovo-Konflikt hat sich die EKD bisher sehr zurückgehalten. In einem Interview des Südwestrundfunks mit dem Ratsvorsitzenden, Präses Manfred Kock,

40+10: Evangelische Zeitzeichen in
50 Jahren Bundesrepublik Deutschland

19. 5 1999, 19.30 Uhr: „50 Jahre Ökumene in Deutschland“
Prof. Dr. **Gerhard Besier**, Uni Heidelberg

2. 6 1999, 19.30 Uhr: „Kirche in der Demokratie – Kirche in der Opposition“
OKR **Klaus-D. Kaiser**, EKD, Hannover

in der Ev. Studierendengemeinde Essen, Universitätsstr. 19, Essen

wurde er Ende August 1998 gefragt, ob ein militärischer Gewalteinsatz im konkreten Konfliktfall Kosovo gegen die Serben nicht verhandlungsfördernd sein könne. Manfred Kock bejahte für Extremfälle einen Militäreinsatz als „äußerste Möglichkeit“. Er lehnte es aber ab, kirchlicherseits zu entscheiden, wann der Zeitpunkt zum militärischen Eingreifen gekommen ist.

Vor dem Hintergrund der damals bereits begonnenen Diskussion, welche völkerrechtliche Ermächtigung die NATO für ein gewaltsames Eingreifen benötige, stellte Kock heraus, daß die internationale Gemeinschaft hierfür zuständig sei. Er kritisierte deshalb die Alleingänge der USA, die im Sudan und Afghanistan „zugeschlagen“ haben, ohne die UNO vorher zu fragen. Mit seinen Interview-Äußerungen folgte Kock in vollem Umfang der geltenden friedenspolitischen Linie der EKD.

Die EKD-Synode hatte bereits in den vergangenen Jahren wiederholt zum Krieg im früheren Jugoslawien Stellung genommen und sowohl kirchliche als auch politische Bemühungen um eine friedliche Konfliktlösung unterstützt. Im **November 1998** äußerte sich die Synode erneut. Sie mied aber eine klare Aussage zur Verantwortlichkeit für die humanitäre Katastrophe im Kosovo; Milosevic wird mit keinem Wort erwähnt. Sie ging auch auf die Frage nach einer evt. Berechtigung militärischer Maßnahmen der NATO gegen Serbien nicht ein, sondern meinte, „daß nichtmilitärische Maßnahmen den Vorrang haben und verstärkt werden müssen, wenn das Elend sich nicht weiter ausbreiten soll“.

Den Beschluß des Rates der EKD von Anfang Oktober machte sie sich voll zu eigen und sprach sich dafür aus, die ökumenischen und internationalen politischen Beziehungen zu nutzen, um die Menschenrechte für alle Bewohner des Kosovo wieder herzustellen, ein Waffenembargo wirksam durchzusetzen und die humanitäre Hilfe zwischen den Hilfsorganisationen besser zu koordinieren. Sie nahm auch ein Anliegen seit 1996 wieder auf, kirchliche Friedensfachdienste mit staatlicher Finanzierung aufzubauen und jetzt konkret für die Konfliktbewältigung im Kosovo einzusetzen.

Gebet um Frieden und Hilfe für den Kosovo

„Ohnmächtig stehen wir vor der Eskalation des Krieges in Jugoslawien und insbesondere im Kosovo. Demütig müssen wir die Grenzen unseres Handelns erkennen. Wir erfahren tagtäglich, daß die Nichtachtung der Rechte des Menschen zu Haß und Feindseligkeit, zu Mißhandlung und Mord führen. Dieses furchtbare Geschehen mahnt uns Christen, den Weg zum Frieden immer wieder neu zu suchen, denn wir sind durch Jesu Weisung zur Versöhnung mit allen Menschen aufgerufen.“

Versöhnungsbereitschaft und Feindesliebe machen es möglich, Aggressivität abzubauen und eine neue Handlungsfreiheit zu gewinnen, die in die Lage versetzt, neu aufeinander zuzugehen. Gott hat in Jesus alle Mauern des Hasses und der Feindseligkeit durchbrochen. Dies ist eine unerschöpfliche Hoffnung im Einsatz für Wahrheit und Gerechtigkeit in unserer Welt. Die Versöhnung durch Jesu Blut am Kreuz überwindet Grenzen.

Gerade in den Kar- und Ostertagen wollen wir zu Gott beten, er möge uns die Kraft geben, in der Hoffnung auf und im Einsatz für den Frieden nicht nachzulassen. Der auferstandene Christus möge vor allem die Herzen derjenigen anrühren, die konkrete Schritte zum Frieden gehen können, damit sie die Not der Menschen sehen und über alle Schwierigkeiten und Gegensätze hinweg Zeichen der Bereitschaft zu Verständigung und Frieden setzen. Wir wissen uns im Gebet um Frieden verbunden mit unseren Schwestern und Brüdern in der Ökumene, insbesondere in der Serbischen Orthodoxen Kirche.

Die Not der Menschen im ganzen Krisengebiet ist groß. Wir bitten inständig um großzügige Spenden zur Unterstützung der Hilfsmaßnahmen von Caritas und Diakonischem Werk. Wir müssen den vertriebenen und gequälten Menschen helfen. Wir wollen sie nicht alleine lassen. Sie brauchen unsere Fürbitte ebenso wie unsere materielle Unterstützung“ (1.4.1999).

Aufruf des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz,
Bischof Karl Lehmann,
und des Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland,
Präses Manfred Kock

Spenden sind unter dem Stichwort KOSOVO möglich an:

*Diakonisches Werk der EKD; Stuttgart,
Konto 502 707
bei der Postbank Stuttgart
BLZ 600 100 70*

Die EKD-Gremien haben gut daran getan, sich zum Kosovo-Konflikt öffentlich nur verhalten zu äußern. Auch sie haben bei der außerordentlich verworrenen Lage in der Region keine eigene politische Lösung anzubieten.

Zudem haben die ökumenischen Bemühungen der EKD im Rahmen der „Konferenz Europäischer Kirchen“ ein halbes Jahr nach der Besuchsreise in den Kosovo noch keine erkennbaren Erfolge gezeitigt. Die Serbische Orthodoxe Kir-

che hat wohl unter dem Einfluß der nationalistischen Kräfte noch immer nicht klären können, welchen Beitrag zum Frieden im Kosovo sie leisten will.

Doch bald wird der „Runde Tisch“ der verschiedenen Religionsgruppen im Kosovo, den die EKD wünscht, bitter nötig sein. ■

Anm.:

Gerhard Arnold ist evgl. Theologe und Oberstudienrat.

Günter Pilgrim:
Ohne Hoffnung geht es nicht – Lebenshilfe durch das Wort. Predigten, Betrachtungen, Reden.
140 Seiten, Stock & Stein Verlag, Schwerin 1998, ISBN 3-932370-47-3

Der Autor versucht, in den verschiedenen aktuellen Situationen den Kräften auf die Spur zu kommen, die den Menschen, ganz gleich welchen weltanschaulichen Lebenshintergrund sie haben, Mut geben können und Zuversicht. Dabei geht er behutsam vor und behält die Suchenden und die Zweifelnden ebenso im Blick wie die engagierten Christen. Keiner ist fertig, alle sind unterwegs – diese Überzeugung gibt den Texten ihre zeitlose Bedeutung.

**Karl-Wolfgang Tröger/
 Hannfried Opitz (Hrsg.):
 Forschung und Glaube.
 Beiträge zu ethisch verantworteter Wissenschaft und Politik.**
272 Seiten, kartoniert, Wichern-Verlag, Berlin 1999

Am 6. Januar 1999 feierte die Evangelische Forschungsakademie ihr 50jähriges Bestehen. Der Titel des hierzu erschienenen Jubiläumsbandes ist zugleich Programm der Akademie: Forschung und Glaube.

Hannes Stein:
Moses und die Offenbarung der Demokratie.
224 Seiten, Rowohlt Verlag, Berlin 1998, ISBN 3871343250.

Mit dem Bund am Sinai entsteht das autonome Rechtssubjekt – und nimmt die demokratisch organisierte Gesellschaft ihren Anfang.

Der humanistisch gebildete Leser wird sofort widersprechen: Die liberalen Gesellschaften des Westens sollen aus der jüdisch-christlichen Tradition entstanden sein? Jedes Kind lernt doch, daß die Volksherrschaft (Demokratia) im antiken Griechenland erfunden wurde. Diese „Gewißheit“ muß nun aber erschüttert werden. Damit das, worüber die Griechen zweifellos nachgedacht haben, verwirklicht werden konnte, bedurfte es des Christentums. Die Demokratie – so der Autor – kam gar nicht aus Athen, sie kam aus Jerusalem. Das mag befremdlich klingen, läßt sich aber anhand vieler Geschichten aus dem Alten Testament belegen.

Am Beispiel zentraler Bibelstellen erzählt Hannes Stein die Geschichte der Aufklärung nach und stellt damit das Alte Testament in ein neues Licht. Die zwischen Gott und den Menschen geschlossenen Verträge schaffen erst die Voraussetzungen für die moderne Demokratie. Sie wurde, noch vor ihrer Erfindung durch die Griechen, zuerst Moses offenbart.

Der EAK der CDU/CSU lädt ein:

„Islamischer Religionsunterricht – Ein Beitrag zur Integration!?“

Donnerstag, 6. Mai 1999, 19-21 Uhr
 Konrad-Adenauer-Haus, Bonn

mit: **Hermann Gröhe**,
 MdB, Bonn
Prof. Dr. Faruk Sen,
 Essen

Weitere Inf. unter
 02 28/544-305

■ Wechsel im EAK-Vorsitz Ludwigsburg

Ludwigsburg. Nach dem Rücktritt des EAK-Vorsitzenden **Ulrich Hirsch** übernehmen zunächst seine bisherigen Stellvertreter Pfarrer **Johannes Bräuchle** und **Karin Schaudé-Jänichen** gemeinsam den Vorsitz. Hirsch begründete seinen bereits im Vorfeld mehrfach angedeuteten Schritt vor allem mit beruflichen Gründen.

Ulrich Hirsch legte dem Vorstand den Jahresbericht 1998 vor. U.a. hat der EAK-Ludwigsburg eine umfangreiche Stellungnahme zum Sozialwort der Kirchen abgegeben. Zum Abschluß stellte Hirsch fest, daß nur ca. 50 % der dem EAK nahestehenden Personen tatsächlich CDU-Mitglieder seien. Dies bestätige die Brückenfunktion des EAK zwischen Politik und Kirchen.

■ Christ und Politik

Leipzig. Unter diesem Thema fand das diesjährige Frühjahrsforum des EAK-Leipzig im Ev. Studienhaus in Stötteritz statt.

In der Person des Referenten, **Heinz Eggert**, MdL, treffen sich beide Bezugspunkte, deren Zusammenspiel für unsere Gesellschaft so bedeutsam ist. Etwa 90 Personen aller Altersgruppen nahmen teil. Zum Themenschwerpunkt: Die Bedeutung des „C“ in der Politik führte Eggert aus, daß die CDU ganz bewußt als christliche Volkspartei und Union von Christdemokraten gegen „rechte“ wie „linke“ Ideologien gegründet wurde. Daher ist das „C“ nicht



Heinz Eggert:
Das „C“ nicht als Anmaßung verstehen

als Anmaßung, sondern als Richtschnur unseres politischen Handelns zu verstehen. Es darf somit von den CDU-Mitgliedern vorausgesetzt werden, daß ihr persönliches Verhalten vom christlichen Welt- und Menschenbild geprägt ist, ihre Politik mit Herz und menschlicher Nähe einhergeht und der nötige Strukturwandel nur mit den Menschen und in gesellschaftlicher Akzeptanz erfolgt.

■ EAK im Märkischen Kreis neu belebt

Altena. Ein neuer Vorstand des EAK im **Märkischen Kreis** hat seine Geschäfte aufgenommen.

Auf der Gründungsveranstaltung referierten der stellv. EAK-Landesvorsitzende **Rüdiger Heupel** und Pfarrer **Dirk Gogarn** aus dem benachbarten Kreisverband Siegen-Wittgenstein.

Bei den anschließenden Vorstandswahlen wurde **Karl-Heinz Kühn** aus Altena-Dahle einstimmig zum neuen Kreisvorsitzenden gewählt. Karl-Heinz Kühn

betonte, daß man sich auf eine aktive Zusammenarbeit im Bezirksverband Sauer-/ Siegerland freue.

■ Justizminister Heitmann: Moralbewußtsein schwindet

Aue. 100 Zuhörer, darunter Superintendent Gotthard Kircheis und mehrere Pfarrer, trafen sich zu dem Vortrag von Sachsens **Justizminister Steffen Heitmann**, der auf Einladung des EAK-Kreisverbandes Aue-Schwarzenberg ins Erzgebirge gekommen war. „Unser Gemeinwesen menschengerecht gestalten – zwischen Kirche und Staat“ lautete das Thema, über das Heitmann referierte. Der ehemalige Oberlandeskirchenrat diagnostizierte in der Gesellschaft den Verlust an Moral und Gemeinsinn. Drei Ursachen benannte er dafür: den Autoritätsverlust, die überzogene Individualisierung und die Ökonomisierung der Gesellschaft. Es gebe kaum noch Autoritäten, die allgemein akzeptiert seien. Vorbilder fehlten.

„Im Mittelpunkt steht zunehmend das eigene Ich“ meinte Steffen Heitmann zum wachsenden Egoismus. Der Justizminister beklagte, vieles werde nur noch am Geld gemessen.

Heitmann sagte weiter: „Das schwindende Moralbewußtsein geht einher mit schwindender Gläubigkeit.“ Die Moral könne nur wirksam sein, wenn sie durch den Glauben abgestützt werde. Von der Kirche forderte der Minister, Politik und Religion zu trennen. „Die Kirche bedarf der Neubelebung der Lehre von den zwei Gewalten“, stellte er im Hinblick

Der EAK der CDU/CSU lädt ein:

38. Bonner Theologisches Gespräch:
Montag, 10.5.1999, 19 Uhr,
Konrad-Adenauer-Haus,
Bonn

„Wie tolerant ist christlicher Glaube?
Vom Umgang mit
anderen Religionen“

Präses **P Christoph Morgner**, Dillenburg
Ev. Gnadauer Gemeinschaftsverband

auf Luthers Zwei-Reiche-Lehre fest.

■ Vorstandswahlen im EAK-Gelsenkirchen

Gelsenkirchen. Auf der Jahreshauptversammlung des EAK-Gelsenkirchen wurde der bisherige Kreisvorsitzende **Gerhard Bojahr** wiedergewählt. Stellvertreter wurden **Frauke Schraeder** und Pastor **Hans-V. Diedrichs**. Schriftführerin wurde **Heide Demke**. Als Beisitzer wurden gewählt: **Marianne Bojahr, Friedhelm Rikowski, Marcus Hoppe**.

■ Vorstandswahlen im EAK-Bezirksverband Nürnberg-Fürth-Schwabach

Nürnberg. Auf der Mitgliederversammlung des EAK-Bezirksverbandes wurde der bisherige Bezirksvorsitzende **Harald Häbler** wiedergewählt. Stellvertreter wurden **Kerstin Böhm, Peter Höffkes** und **Dr. Roland Voigt**. Schrift-

führer wurde **Max Höffkes**. Als Beisitzer wurden gewählt: **Margarete Christian, Vera Eckle, Nicole Nebert, Dr. Walter Stock, Hans-P. Trinkl, Irene Urschel, Dr. Heinrich Weber, Klaus-P. Wittmann**. Schatzmeister wurde **Tobias Schmidt**.

■ Christliche Werte Basis der Politik

Bad Salzuflen. „Wo ‚C‘ draufsteht, muß auch ‚C‘ drin sein!“ – Eine deutliche Aussage, mit der **Hartmut Nischik** als Vorsitzender des EAK Leipzig seinen Vortrag über das Thema „Was soll das ‚C‘ in unserer Partei?“ eröffnete. Der Diplom-Ingenieur folgte einer Einladung des EAK-Kreisverbandes Lippe, um die Frage nach Anspruch und Berechtigung des Wortes „Christlich“ im Namen der CDU zu beantworten.

Christliche Werte seien die Grundlage aller Politik, „und es gehört zu den Aufgaben der Partei, die Rahmenbedingungen für ein christlicheres Miteinander zu schaffen.“

Selbstverständlich sei das Wort „Christ“ und alles damit Verbundene nicht der alleinige Anspruch einer Partei wie der CDU. „Wir betonen lediglich, daß wir uns bemühen, auf Gottes Recht eingestellt zu sein“, sagte Nischik.

■ Kirche in der Zeitenwende

Bonn. Der Bischof der Ev. Kirche in Berlin-Brandenburg, **Dr. Wolfgang Huber**, hat beim 37. Bonner Theologischen Gespräch die Kirche aufgefordert, mehr als bislang ihre „eigentliche Aufga-

be“ zu erfüllen, nämlich den Menschen in ihrer Orientierungslosigkeit zu helfen. So notwendig die gesellschaftlichen Aufgaben auch seien, so müßten diese doch immer am eigentlichen Auftrag der Kirche gemessen werden.

Im Blick auf die zunehmende Aushöhlung der Sonn- und Feiertagsruhe meinte Huber, die Kirchen hätten in dieser Frage einen schlechten Stand, solange die Christen nicht selbst den Sonn- und Feiertag wirklich heiligten. Je mehr sie hier Flagge zeigten, desto schwerer würde es, den arbeitsfreien Sonntag zu untergraben.

Es folgte eine lebhaftere Diskussion unter Leitung des EAK-Bundesvorsitzenden **Jochen Borchert**, MdB.

■ Jüdisches Leben heute. Zwischen Tradition und Moderne

Wiesbaden. Über das jüdische Leben in der Vergangenheit gibt es viele Zeugnisse. Unter dem Titel „Brennende Lichter“ hat zum Beispiel Bella Chagall Erlebnisse aus ihrer Kindheit in einem religiös bestimmten Elternhaus geschildert. Doch wie leben unsere jüdischen Mitbürger heute? **Michaela Ruth Rychla**, die Religionslehrerin der Jüdischen Gemeinde in Frankfurt am Main, hatte auf Einladung von Kreisverband und Arbeitskreis Kirchen das Thema „Das jüdische Leben heute. Zwischen Tradition und Moderne.“ gewählt.

Erfreulich viele Gäste waren hierzu in den Vortragssaal der Jüdischen Gemeinde in Wiesbaden gekommen und durften die engagiert vorgetra-

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU · **Herausgeber:** Jochen Borchert, Dr. Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen, Dr. Hans Geisler, Dieter Hackler, Christine Lieberknecht · **Redaktion:** Birgit Heide, Katrin Peter, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 544-305/6 · Fax 544-586 · **Abonnement-Preis** jährlich 20,- DM · **Konto:** EAK, Postbank Köln, (BLZ 37010050) 112100-500 oder Sparkasse Bonn (BLZ 38050000) 56267 · **Druck:** Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn · **Nachdruck** – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet - Belegexemplar erbeten · Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber · **Papier:** 100% chlorfrei

Adreßänderungen bitte immer an die Redaktion!

Postvertriebsstück Deutsche Post AG · Entgelt bezahlt

37. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU



**28./29. Mai 1999, Dreikönigskirche, Hauptstr.,
Dresden „Christen gestalten Europa“**

Samstag, 29. Mai 1999:

Freitag, 28. Mai 1999:

19 Uhr Eröffnung der 37. Bundestagung
Jochen Borchert, MdB,
Bundesvorsitzender des EAK der
CDU/CSU

19.20 Uhr **Abendgespräch: „Europa und das
christliche Menschenbild“**

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, MdL,
Dresden
Ministerpräsident des Freistaates
Sachsen

Bischof Klaus Wollenweber, Görlitz
Ev. Kirche der schlesischen Oberlausitz

Moderation: **Bernhard Hohlfeld**,
Deutschlandfunk, Dresden

21.15 Uhr „Abend der Begegnung“

8.15 Uhr Geistliche Morgenbesinnung

8.30 - 11 Uhr **Delegiertenversammlung**
Neuwahlen zum Bundesvorstand

11 Uhr **Öffentlicher Teil:**
Dr. Angela Merkel, MdB:
„Was hält unsere Gesellschaft
zusammen?“
Referat mit Aussprache

13.30 Uhr Besichtigung der Baustelle der
Dresdner Frauenkirche

Bitte fordern Sie das Einladungsprogramm unter:
Telefon 02 28/544-305 an. Wir nehmen Sie gerne
in den Verteiler auf. Ende April wird die Einladung
mit Anmeldekarte verschickt.

Unsere Autoren:

Dr. Angela Merkel
Fr.-Ebert-Allee 73-75
53113 Bonn

Dr. Hermann Kues
Bundeshaus
53113 Bonn

Dieter Hackler
Rochusstr. 8-10
53123 Bonn

Ministerin
Christine Lieberknecht
Regierungsstr. 74
99084 Erfurt

Ulrike Krause
Bödekerstr. 59
30161 Hannover

Gerhard Arnold
H.-Zimmerer-Str. 37
97076 Würzburg